

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 66

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver

Samstag, den 18. März 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Bsp., auswärts 50 Bsp., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Die heutige Ausgabe umfaßt 6 Seiten und die Unterhaltungsbeilage.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Völkervereinigung hat in einer Note an die deutsche Regierung Beschwerde über angebliche deutsche Widerstände in Entwaffnungsfragen erhoben.

* Die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsorganisationen über Erhöhung der Arbeiterlöhne im Reichsdienst haben zu einer Einigung geführt.

* Der interalliierte Kriegsrat in Paris hat die Fortsetzung der militärischen Kontrolle über Deutschland auf acht Jahre vorgeschlagen.

* Das griechische Kabinett ist unter dem Vorsitz von Sunariz neu gebildet worden.

* Sultan Fuad von Ägypten hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach Ägypten ein unabhängiger souveräner Staat wird und der Sultan den Titel König von Ägypten annehmen wird.

* Im Kampfe mit den englischen Regierungstruppen hat sich Kordburg, das letzte Johannesburger Bollwerk der südafrikanischen Revolutionäre ergeben.

Sparbarkeit!

In Zeiten ruhiger geschäftlicher Entwicklung, in denen alle Dinge ihren festen Wert haben und behalten, und in denen vor allem das Geld als einziges staatsliches Zahlungsmittel den unveränderlichen Wertmesser für jede Handelsware bildet, läßt sich der Besitzstand und die Erwerbsmöglichkeit des einzelnen sowohl wie auch größerer oder kleinerer Körperschaften, ja zuletzt des ganzen Staates, weitaus mit größerer Sicherheit überblicken und voraus berechnen. Das bietet ganz von allein einen starken Anreiz dafür, durch ein sorgfames Abwägen der Einnahmen und der Ausgaben eine allmähliche Verbesserung und Hebung des Besitzstandes herbeizuführen, kurz mit einem Worte, durch eine kluge Sparbarkeit die Früchte jeder wirtschaftlichen Betätigung ansammeln zu lassen und zu vermehren. Ganz anders scheinen aber auf den ersten Blick die Dinge zu liegen, wenn keinerlei fester Maßstab für den Wert der verschiedenen Arten von Gütern und Leistungen mehr vorhanden ist, und wenn vor allem, wie wir es jetzt seit Jahren erleben, die staatlichen Zahlungsmittel fortwährenden Schwankungen unterworfen und die notwendigsten Lebensbedürfnisse einer unaufhaltbaren Preissteigerung ausgesetzt sind. Ein bekannter humorvoller Schriftsteller hat kürzlich einmal berechnet, wenn er das gesamte Gehalt, welches er während einer zehnjährigen Friedensdienstzeit als Oberleutnant in der österreichischen Armee bezog, bis auf den letzten Heller erpariert hätte, er jetzt in der Lage sein würde, für diese Summe in der Schweiz eine ganze Flasche anständigen Wein zu trinken. Niemand wird finden, daß dieser Mann Klug getan hätte, sein ganzes Geld zu sparen, von dem er in den bewußten zehn Friedensjahren, in denen er es ausgab, wahrscheinlich mehr gehabt hat.

Nicht unähnlich liegen die Verhältnisse vielfach auch bei uns in Deutschland, und Politiker und Volkswirtschaftler haben schon oft auf die Gefahr hingewiesen, die darin liegt, wenn die unter heutigen Verhältnissen so oft mehr mühelos als ganz korrekt erworbenen großen Vermögen möglichst rasch in allerlei mehr oder weniger notwendige und nützliche sogenannte Sachwerte umgelegt, d. h. mit anderen Worten einfach sinnlos verschwendet werden, nur, weil der Besitzer der vielen Tausendmarktscheine sich sagt, daß diese Papiere ihm über kurz oder lang nur noch einen viel geringeren Gewinn bedeuten als im Augenblick. Das trägt natürlich dazu bei, die Preise noch weiter in die Höhe zu treiben und damit den Wert des Geldes immer weiter herabzudrücken. Gerade weil die deutsche Währung augenblicklich und vorläufiglich noch eine ganze Zeitlang eine sehr kritische Periode durchzumachen hat, ist es um so notwendiger, daß wenigstens wir selbst, und zwar sowohl im Staate als im Privatleben, nicht noch zur Verschärfung dieser Krisis beitragen. Der Teil, an welchem wir überhaupt einen Einfluß auf die Festigung und Gesundung unseres Finanzwesens haben, ist zwar gering genug, darf aber keinesfalls zu der Folgerung führen, daß es nun eigentlich kaum noch darauf ankomme, ob wir angesichts des schon bestehenden und für die Zukunft noch zu erwartenden Milliardenstromes, der von uns ins Ausland fließt, die paar Tropfen sorgsam sparen und bewirtschaften, die uns von unserem früheren Reichtum noch verbleiben.

Bewegte Zeiten bringen leicht eine sogenannte großzügige Wirtschaft mit sich, die immer das Gegenteil von grundsätzlicher Sparbarkeit bedeutet. Das ist auch im Deutschen Reich eingetreten, dessen Apparat sich in den letzten Jahren stark vergrößert hat. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl Deutschlands haben wir heute zweifellos ein übermäßig großes Heer von Beamten und nicht beamteten Kräften im Dienste des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die, da für jeden selbstverständlich ein zum Leben ausreichendes Gehalt bezahlt werden muß, eine außerordentliche Belastung für unser Budget bedeuten. Deshalb ist auch gegenwärtig das Problem einer Verringerung dieser Kosten durch einen sinnmäßigen Abbau des Verwaltungsapparates wieder einmal in den Brennpunkt der politischen Erörterung gerückt. Auf Grund der Abmachungen beim Steuerkompromiß will die Reichsregierung gemeinsam mit den großen Parteien bekanntlich eine Organisation einrichten, an deren Spitze ein eigens für diesen Zweck ernannter Minister stehen, und die versuchen soll, den kostspieligen Regierungs- und Verwaltungsapparat auf das kleinste zulässige Maß zurückzuführen. Man denkt in erster Linie an die Zusammenlegung einiger Ministerien, die früher Teile des Reichsministeriums des Innern waren, jetzt aber als Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium und Ernährungsministerium besondere Be-

örden bilden. Ferner will man alle Aufmerksamkeit darauf richten, bei neuen gesetzgeberischen Maßnahmen erst einmal nachzuprüfen, ob der Ertrag auch wirklich der aufgewendeten Arbeit entspricht, oder ob die Einkünfte nicht größtenteils durch die zu ihrer Erlangung notwendigen Verwaltungskosten aufgezehrt werden. Der heftigste Kampf um das Reichsmietengesetz und um die Gesetzgebungslage erklärt sich zum großen Teil daraus, daß in diesen beiden Fällen erhebliche Bedenken in der Hinsicht geltend gemacht worden sind, daß die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen fast ebenso teuer zu stehen kommt, als die von ihnen zu erwartenden Einnahmen ausmachen würden.

Angesichts der riesigen Kosten, die wir für die Abdeckung unserer Reparationsverpflichtungen und vor allem für die besonders sinnlose Verschwendung bei den Besatzungsarmeen und den Kontrollkommissionen in Deutschland aufzubringen haben, bedeuten Ersparnisse im inneren Etat zwar keine wirklich durchgreifende Hilfe. Aber sie sind der einzige Punkt, bei dem wir aus eigener Kraft einmal einen Anfang machen und versuchen können, das weitere Hinabgleiten auf der schiefen Ebene aufzuhalten, auf der wir sonst unweigerlich ökonomischen oder gar politischen Zuständen entgegengehen. Schon die nächsten Wochen werden im Reichstage zeigen, ob Regierung und Parteien die ausreichende Entschlußkraft dafür besitzen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Rechtsgültigkeit der Alterspensionierungen.

Die Klage einiger Richter gegen das Zwangspensionierungsgesetz vom 15. Dezember 1920, das das Landgericht Potsdam und das Berliner Kammergericht stattgegeben hatten, ist vom Reichsgericht abgewiesen worden. Der erkennende Senat war der Ansicht, daß das fragliche Gesetz nicht, wie die Kläger behaupteten, gegen die Reichsverfassung verstoße. Aus dem Wesen des Beamten ergebe sich nicht, daß der Staat das Gehalt lebenslanglich zu zahlen habe, vielmehr ist in der Gesetzgebung eine Handhabung vorhanden, ein Recht des Staates anzuerkennen, den Beamten an einer gewissen Altersgrenze in den Ruhestand zu versetzen. Im übrigen siehe der Senat auf dem Standpunkt, daß durch das gedachte Gesetz wohlverworbene Rechte der Beamten nicht verletzt werden.

Die Lohnerhöhungen der Reichsarbeiter.

Die Verhandlungen über die Lohnerhöhungen der im Reichsdienst stehenden Arbeiter hatten das Ergebnis, daß den in Ortsklasse A befindlichen über 24 Jahre alten Arbeitern die Stundenlöhne je nach der Lohngruppe um 2,55 bis 2,90 Mark erhöht werden. Die Arbeiter in der höchsten Lohngruppe werden also künftig einen Stundenlohn von 12,55, die in der niedrigsten Lohngruppe einen solchen von 11 Mark erhalten. Dazu kommt noch für Verheiratete die Frauenzulage von 40 Pfennig für die Stunde und die Übererzeugungszulage.

Unter französischer Aufsicht.

In Düsseldorf wurde der 62. Rheinische Provinziallandtag eröffnet. Die französische Besatzungsbehörde hatte die Erlaubnis zur Tagung unter der Bedingung erteilt, daß keine die Besatzungsbehörde verletzenden Reden gehalten würden. Während der Tagung darf auch nur die Flagge der Rheinprovinz gehißt werden. Den Verhandlungen wohnten auch französische Überwachungsbeamte bei.

Buchhaus für die Gleiwitzer Mörder.

Die bei der Ermordung des Polizeiwachmeisters Rüfenberg in Gleiwitz beteiligten beiden französischen Soldaten wurden von dem außerordentlichen Kriegsgericht zu je vier Jahren Buchhaus und Ausstoßung aus dem französischen Heere verurteilt. Der Witwe des Erschossenen wurden für die ersten Ausgaben, wie die Kosten der Beisetzung usw. vom Gleiwitzer Kreisfiskus 5000 Mark ausgezahlt.

Einwendungen gegen die Zwangsanleihe

erhebt die „Frankfurter Zeitung“. Das Blatt hält die Aufnahme einer Zwangsanleihe wirtschaftlich für sehr bedenklich und bemerkt: Die Zwangsanleihe werde der Aufgabe, noch eine Kreditaufnahme von etwa 2 Milliarden Goldmark im Inland und im Ausland möglich zu machen, nicht gerecht. Das schlimmste sei, daß der Ertrag zu einem großen Teile nicht der Reichskasse zugute käme, sondern entweder einfach zerstört oder in die Tasche anderer glücklicher Privaten geleitet würde. Nach der Einführung der Anleihe an der Börse würde die Anleihe schnell sinken, die Anleiheempfänger würden also enorm geschädigt werden, während lauffähige Kapitalisten in der Hoffnung auf spätere Zeiten sie billig kaufen könnten.

Durchführung der Reichsschulstatistik.

Die Verhandlungen im Reichsministerium des Innern mit den Unterrichtsverwaltungen der Länder sowie die Beratungen im Reichsschulsausschuß über die Durchführung einer Reichsschulstatistik sind, wie man erfährt, soweit gefördert, daß den Landesregierungen sowie den statistischen Landesämtern vor einiger Zeit vom Reich die endgültigen Erhebungsanweisungen zugegangen sind. Die Länder werden die für die Reichsschulstatistik erforderlichen Erhebungen noch im jetzigen Schuljahr anstellen.

Erleichterungen bei Zahlung der Reichseinkommensteuer.

Die bayerische Regierung hat beim Reichsfinanzministerium Schritte unternommen, damit den wirtschaftlich schwächeren Kreisen des Mittelstandes die Einrichtung der Reichseinkommensteuer für das Jahr 1920-21 in jeder Weise erleichtert wird, besonders durch die Gewährung von Stundungen und durch die Genehmigung von Ratenzahlungen.

Deutsch-Osterreich.

Die Entente greift in die innere Verwaltung ein. Der englische Finanzkontrolleur Young hatte ein Schreiben an den Bundeskanzler Schober gerichtet, in dem die Entente die Befassung Schobers auf seinem jetzigen Posten fordert. Es gab heftige Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Die Großdeutschen scheinen entschlossen, einem Kabinett Schober, das unter den Einfluß der Entente gestellt sei, nicht ihre Unterstützung zu leisten. Das Kabinett Schober hat nur eine schwache Mehrheit. Das vom Finanzminister eingebrachte Bundesgesetz über die Aufnahme von ausländischen Krediten und deren Sicherstellung ermächtigt die Regierung zur Sicherstellung, die vielbesprochenen Cobelins zu verpfänden. Die Cobelins aus kaiserlichem Besitz stellen einen ungeheuren Kist- und Goldwert dar.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstage einen Gesetzentwurf zugehen lassen, wonach die Bestimmung, daß Schwerfriegeschädigten nur mit Zustimmung des Hauptfürsorgeausschusses getündigt werden dürfe, bis zum 1. Oktober dieses Jahres verlängert wird.

London. Nach den letzten Nachrichten aus Johannesburg besagen, daß die Regierungstruppen langsam die Oberhand über die Arbeiter gewinnen. Es sollen aber noch blutige Kämpfe zu erwarten sein.

Paris. Nach einer Meldung aus Angora bestätigen die letzten Nachrichten von der Front, daß die Kampfaktivität wieder begonnen habe. Die Griechen hätten mehrere offensive Erhebungsunternehmungen vorgenommen.

Athen. Der König beauftragte Sunariz mit der Bildung des Kabinetts.

Deutscher Reichstag.

(187. Sitzung.)

OB. Berlin, 16. März.

Zuerst wurde heute der Gesetzentwurf über Rüstungsbeschränkungen zugunsten Schwerfriegeschädigter in allen drei Lesungen angenommen. Bei der hierauf folgenden Weiterberatung des Gesetzentwurfes über das Branntweinmonopol begründete Abg. Hoeslein (Komm.) einen Antrag auf Streichung des § 159, der von der Besteuerung der Essigsäure handelt. Nach kurzen Auseinandersetzungen darüber sollte es zur Abstimmung kommen. Bei der Abstimmung bezweifelte der Abg. Hoeslein die Beschlußfähigkeit des Hauses, und das Bureau schloß sich diesem Zweifel an. Die Sitzung wurde daher abgebrochen und eine neue Sitzung mit der Tagesordnung: Steuergesetz und Mantelgesetz anberaumt.

Annahme des Branntweinmonopol-Gesetzes.

(188. Sitzung.)

OB. Berlin, 16. März.

Die neue Sitzung sollte mit der ersten Beratung des Mantelgesetzes oder, wie es amtlich heißt, des Gesetzentwurfes über Änderungen im Finanzwesen, beginnen.

Abg. Schulz-Gahmen (Zentr.) beantragte jedoch, zuerst über das Branntweinmonopol weiter zu verhandeln. Die Mehrheit erklärte sich dafür, und nun wurden die Anträge der Kommunisten zum Branntweinmonopol abgelehnt und das Gesetz mit geringfügigen Änderungen in der Ausschlußfassung angenommen. Ebenfalls angenommen wurden die vom Ausschuß zu dem Gesetz beantragten Entschlüsse.

Dr. Hermes über die Finanzlage.

Zu der nun beginnenden Beratung des Mantelgesetzes nahm das Wort an erster Stelle Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Der Minister wurde mit allerhand Zwischenrufen der Kommunisten und Unabhängigen empfangen, worauf von rechts der Ruf ertönte: „Habe!“

Präsident Loebe erklärte, zu der äußersten Linken gewandt: „Sie wissen doch, daß die Angelegenheit, auf die Sie mit Ihren Zwischenrufen anspielen, von einem Ausschuß des Reichstages erledigt wird.“ Der Reichsfinanzminister erklärte, Deutschland belaste keine Wirtschaft stärker als irgend ein anderes Land. Das wird auch im Ausland anerkannt. Leider wird in Frankreich auch in der Deputiertenkammer behauptet. Deutschland wäre weniger belastet als Frankreich. Man muß sich doch von der Psychose des Krieges freimachen, um diese Dinge endlich ruhig zu beurteilen. Ein Mehr der Belastung Deutschlands wäre zurzeit nicht mehr erträglich. Durch die Steuererhöhungen der Wirtschaftslage nicht gefährdet werden, und dieses Ziel haben wir erreicht. (Gelächter links.) Die neuen großen Besteuerungen werden erst 1923 veranlagt werden. Bei den anderen Steuern handelt es sich nur um Erhöhungen, sodaß kein besonders großer neuer Apparat dazu notwendig ist. Die Veranlagung der Einkommensteuer für 1920 ist im allgemeinen abgeschlossen. Die Veranlagung für 1921 wird bis Mitte dieses Jahres beendet sein. Die Vorbereitungen für die 1923 in Kraft tretende Vermögenssteuer werden in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres getroffen werden können. Das Kompromiß hat Klarheit gebracht über die Besteuerungen. Alle Gegenstände sind gemildert worden.

Die Zwangsanleihe

wird in aller nächster Zeit durch ein besonderes Gesetz sichergestellt werden. Betreffs der Umsatzsteuer erkläre ich, daß die Umsatzsteuer binnen kurzem einer Umgestaltung unterzogen wird. Bei den Zöllen und den Verbrauchsteuern werden wir uns im wesentlichen auf Erhöhungen beschränken. Die Novelle zum Bodensteuergesetz muß bis zum Ende des Monats erledigt werden, weil sonst ein Vacuum eintreten würde. Wenn behauptet wird, daß Deutschland auf die Entwertung seines Geldes hinarbeite, so ist das unsinnig. Es wird immer schwieriger, Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen. Eine Besserung des Marktlages kann nur von außen her erfolgen, durch eine vernünftige Begrenzung unserer Leistungen aus dem Friedensvertrage. Was durch die Steuererhöhungen zur Sanierung unserer Finanzen geschehen kann, das liegt Ihnen zur Beschlussfassung vor. Die oberstelektische Kohlenproduktion ist uns durch den Friedensvertrag zum großen Teil, die Kupfer- und Zinnproduktion ganz verlorengegangen.

Riesengelder hat das deutsche Volk getragen. Die fälligen Zahlungen sind pünktlich geleistet worden. Von Stunde zu Stunde warten wir auf erträglichere Zahlungsbedingungen. Hoffentlich kommen diese bald. Mit dem Ergehen um baldige Erledigung der Steuervorlage schloß der Minister. Lärm und Zurufe von der äußersten Linken und nachdrücklicher, wiederholter Beifall im Zentrum bildeten den Abschluß.

Uleichgewicht des inneren Haushalts ist eine fata Morgana. Jeder Finanzminister hat dieses Trugbild vorgegaukelt und jedesmal hat es sich aufgelöst. Aus den 12 Milliarden Überschuß der Reichsbetriebe sind 40 Milliarden Fehlbetrag geworden, aus den 36 Milliarden zur Erfüllung des Friedensvertrages sind 112 Milliarden geworden, und aus den 31 Milliarden Fehlbetrag des Gesamthaushalts sind 172 Milliarden geworden. Die beiden Voraussetzungen, von denen die Ausgleichung auch des inneren Haushalts abhängt, sind strengste Sparsamkeit in der Verwaltung, namentlich in der Betriebsverwaltung und in der unserer Leistungsfähigkeit angepaßten Regelung der Reparationsfrage. Hauptsache ist die Wiederherstellung der starken Staatsautorität. Sie ist in der Hand der gegenwärtigen Regierung nicht gerade gut aufgehoben. Der Kritiker wendet sich nun besonders gegen den Reichsfinanzler Dr. Briih, dem er Schuldenwirtschaft vorwirft. (Von links ertönen dabei Rufe: „Wieviel Schulden haben Sie gemacht? 100 Milliarden schwebende Schulden! — Sie Bankrottminister!“) Der Reichsfinanzler und seine Politik tragen die Schuld, daß erst die Zerrüttung zahlloser Erbkassen nötig war, um einigermaßen den Wahnwitz der Erfüllungspolitik zu enthüllen.

11. Berlin, 16. März.

Das Haus setzt die Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung beim Abschnitt Kuchschiffahrtsverwaltung, Kleinbahnen usw. fort. Nach einer einleitenden Rede des Abg. K n o t h (Frankfurt (Komm.)), der ausführt, die Verkehrsanlagen würden bei uns immer unter dem Gesichtspunkt des Profits und nie unter einem volkswirtschaftlichen betrachtet, der Zusammenbruch der heutigen Gesellschaft zeige sich am deutlichsten im Zusammenbruch des Verkehrs, nimmt das Wort Handelsminister S i e r i n g, um über die

zu sprechen. Unser Verkehrsweisen muß sich den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens anschließen. Je besser unsere Verkehrsverhältnisse, desto reibungsloser vollzieht sich unser Wirtschaftsleben. Das gesamte Verkehrsweisen, auch die Stromversorgung, muß in einem Ministerium vereinigt werden, dieser Zustand ist leider noch nicht erreicht. Unsere Wasserstraßen sind dem Landwirtschaftsministerium angegliedert, diese Verkehrswege sind aber nicht wegen landwirtschaftlicher Restaurationen angelegt, sondern im Interesse des Verkehrs. Der Privatwirtschaft dürfen diese Verkehrswege nicht ausgeliefert werden.

Beim Titel „Gewerbliches Unterrichtswesen“ wendet sich Hg. Mehrer-Meine gegen Lehrlingsausbeutung. Zweifellos unterständen die Lehrlinge wie jeder andere Arbeiter dem Arbeitsvertrage. — Hg. Vennen (Zentr.) begrüßt die Aufwärtsentwicklung des gewerblichen Schulwesens im letzten Jahre. — Der Minister kommt auf das Streikrecht zu sprechen, das er Arbeitern und Angestellten ohne weiteres zugesieht, den Beamten jedoch nicht. Zum Schluß gibt der Minister Erklärungen über zwischen der Stadt Duisburg und dem preussischen Staat bestehender Betriebsgemeinschaft in bezug auf die Huthäfen.

Abg. Fischbeck (Dem.) spricht zu der gleichen Angelegenheit, Abg. Jürgensen (Komm.) ebenso, dann schließt die Besprechung dieses Etatssteiles.

Die offizielle Mitteilung der italienischen Regierung.

Die italienische Regierung läßt sich durch das endlose Hin und Her von Meinungen und Wünschen über den Termin oder gar den Anfall der Konferenz von Genua nicht irre machen. Sie hat ihre Einladungen versandt und hält an dem einmal gewählten Termin fest.

Der italienische Botschafter in Berlin hat eine Note der italienischen Regierung überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die Genueser Konferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt worden ist.

Man ist sich natürlich auch in Berliner politischen Kreisen darüber klar, daß bis zum 10. April noch mancher Zwischenfall eintreten kann, der auch dieses Programm möglicherweise wieder umwirft. Lloyd George gibt sich allerdings gegenwärtig große Mühe, auch den amerikanischen Präsidenten Harding wieder umzustimmen und ihn zur Teilnahme an der Konferenz zu veranlassen und die englische und die italienische Regierung sollen gemeinsam mit den Neutralen fest entschlossen sein, die Konferenz abzuhalten. Von London aus sollen auch bestimmte Richtlinien nach einigen neutralen Hauptstädten und Berlin gesandt worden sein, die sich auf den englischen Standpunkt zum allgemeinen europäischen Wiederaufbau beziehen. Im übrigen aber wird man abwarten müssen.

Englisch-französische Meinungsverschiedenheiten.

Die Franzosen versuchen wieder einmal, den Friedensvertrag in einer für uns ungünstigen Weise umzubiegen. Die Dauer der höchst überflüssigen aber um so kostspieligeren Kontrollkommissionen soll über die Zeit, in der sie überhaupt etwas zu thun haben, hinaus verlängert werden.

In der Botschafterkonferenz in Paris hat es darüber eine Debatte gegeben. Die Franzosen schlugen vor, die Kontrolle noch acht Jahre lang

aufrechtzuerhalten. Die Engländer waren dagegen. Der Italiener Graf Sforza machte einen Vermittlungsvorschlag: Die Kontrolle wird acht Jahre aufrechterhalten, aber wenn Deutschland Beweise der Loyalität liefert, kann die Kontrolle aufhören; alsdann bleibt nur die Bewachung übrig, die nach Artikel 213 des Friedensvertrages allein der Völkerverbund ausüben kann. Wenn Deutschland, ohne Schwierigkeiten zu machen, darauf einging, dann will England als Entschädigung die sofortige Räumung der drei rheinischen Kohlenhäfen vorschlagen. Das wäre für uns wieder ein böser Handel, denn die Besetzung der Rheinhäfen ist ohnedies rechtswidrig und muß ohne Gegenleistung aufgehoben werden.

Eine Erklärung des Wingervereins.

Berlin, 16. März.

In der Angelegenheit des Reichsfinanzministers Dr. Hermes erklärt der Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer, der Wingerverband habe weder außergewöhnliche Zuwendungen an Zucker erhalten, noch seien dem Minister Weine zu Preisen geliefert worden, die unter dem geltenden Preise lagen.

Die für die Weinklieferung in Ansatz gebrachten Preise stellen die Herstellungskosten dar aus dem Jahre 1915. Der Triertische Winzerverein habe noch in der Liste 1917/18 Preisgrenzweine bester Lage zu 2,50 Mark und 3,50 Mark angeboten und auf Bestellung geliefert. Erst nach dieser Zeit sei der Preisaufstieg gekommen, aus den alten Beständen habe aber an Bekannte noch geliefert werden können ohne Preiserhöhung. Die Beziehungen des Winzervereins zu Herrn Dr. Hermes seien durchaus einwandsfrei gewesen.

Da der Reichsfinanzminister mittlerweile Beleidigungsklage in der Angelegenheit angebracht hat, wird man nunmehr die gerichtliche Klärung der Sache abwarten müssen.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 16. März.

Im Reichstage sind die Besprechungen zwischen dem Kaiser und den Parteiführern über die Durchführung der beim Steuerkompromiß vereinbarten Richtlinien aufgenommen worden. Die Volkspartei ist in aller Form eingeladen worden, an diesen sogenannten interfraktionellen Sitzungen teilzunehmen, woraus der Schluß gezogen wird, daß auch die Frage der Regierungserweiterung besprochen werden soll. Das liegt um so näher, als gegenwärtig drei Ministerposten zu besetzen sind. Das Wiederaufbauminiſterium ist schon seit langem verwaist, und seit der Ernennung Dr. Hermes' zum Finanzminister wird auch ein neuer Herr für das Ernährungsmiſterium gesucht. Hinzu kommt der neue Minister, der, ohne ein Ministerium zu leiten, dem Kabinett „ohne Portefeuille“ angehören soll, um die Sparmaßnahme durchzuführen.

Man spricht davon, daß diese drei Ministerposten möglicherweise der Deutschen Volkspartei angeboten werden sollen, woburch die „große Koalition“ geschaffen wäre, ohne daß eine der andern Parteien ein Ministerium aufzugeben brauche. Diese Vermutungen eilen allerdings den Tatsachen etwas voraus, denn zunächst sieht noch nicht fest, ob überhaupt alle drei Ministerien wieder besetzt werden sollen. Das Ernährungsministerium z. B., für welches das Zentrum möglichst bald einen neuen Chef ernannt wissen möchte, wird von den Sozialdemokraten für überflüssig erklärt. Diese Partei meint, ein Ministerium, das den Kartoffelpreis nicht unter 300 Mark halten und keine höhere Getreideumlage durchsetzen konnte, habe keine Existenzberechtigung mehr. Sie verlangt vom Ernährungsminister Garantien für billiges Brot, wenn sie die Notwendigkeit eines solchen Ministers überhaupt anerkennen soll. Von deutschnationaler Seite wird lebhaft gegen die Kandidatur des oldenburgischen Ernährungsministers Tangen für die Nachfolge des Herrn Hermes protestiert, doch kommt dieser wohl ebensowenig wie der ebenfalls genannte Zentrumsabgeordnete Guérard in Frage.

Jedenfalls wird das meiste Interesse der Frage des neuen „Spaministers“ zugewendet werden, während die Koalitionsbildung selbst neben der Personenfrage bei der Befetzung der drei Ministeressel noch im Hintergrund zu stehen scheint.

Salver, den 18. März 1922

□ Gewohnheit. Das alte und doch ewig neue Wunder bereitet sich vor unseren Augen vor. Die Natur erwacht aus ihrem Winterschlaf. In Bäumen und Sträuchern schwellen die Knospen, und die Stare üben bereits die Festlieder ein, mit denen sie den Frühling begrüßen werden. Was soll uns dieß? Wir haben keine Zeit, uns mit solchen Selbstverständlichkeiten aufzuhalten. Wie in unseren Kindheitstagen, so zeigt sich auch heute noch die Natur, daß Blühen und Singen, das Reifen und Vergehen ist uns längst zur Gewohnheit geworden. Sie ist eine schlimme Feindin des Menschenglücks, „die Gewohnheit“, aber sollte es wirklich Unglückliche geben, über die sie so viel Gewalt hätte, daß ihnen die ersten Vorfrühlingstage nichts mehr zu sagen haben? Daß nicht mehr, trotz Eisenbahntarifen und sozialer Frage, sich die starke Glückshoffnung in ihren Herzen regt, die den Frühling bringt? Was sollte uns wohl noch bleiben, wenn uns diese verloren ginge? Die Gewohnheit macht uns körperlich und geistig faul, sie läßt uns am Glück vorbeigehen und verhindert unsere Verbollkommenung. Sie macht uns undankbar. Weil wir, sozusagen, in geordneten Rechtsverhältnissen leben, weil uns die Erde mit ziemlicher Sicherheit ihre Schätze spendet, weil rohe Naturgewalten nicht unseren Besitz bedrohen, darum haben wir keinen Blick mehr für alles Gute um uns, sondern wir bemerken nur, was nicht unseren Wünschen entspricht. Wenn man sich Mühe gibt, klar zu sehen und zu erkennen, was uns täglich geschenkt wird, noch immer trotz der schlimmen Zeit, wie schön dennoch die Welt ist, dann hat man das Glück, denn Glück ist lebendige Erkenntniß. Das Kind ist glücklich, denn es hat noch die reine, nicht durch Gewohnheit verälschte Fähigkeit, zu sehen und zu empfinden.

Ps.—t.

—* **Handwerkertagung in Essen.** Der Verband der Vereinigten Innungsausschüsse von Rheinland und Westfalen veranstaltete am 11. März im Gejellenshaule zu Essen eine Führerkonferenz des rheinisch-westfälisch-lippischen Handwerks. Als erster Referent sprach der Vorsitzende des Verbandes Vereinigter Innungsausschüsse von Rheinland und Westfalen, Dr. Lübbering-Essen über den gegenwärtigen Stand der rhein.-westf.-lippischen Handwerkbewegung und ihre

Stellungnahme zum Meusch'schen Rahmengesetzentwurf eines neuen Handwerkergesetzes. Sodann gab an Stelle des verhinderten Dr. Peters der Syndikus der Handwerkskammer Düsseldorf Esser als zweiter Referent einen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage und Zukunftsaussichten des rhein.-westf. Handwerks. Auf die Ausführungen der beiden Redner folgt eine außerordentlich rege Aussprache. Die Aussprache ergab eine einmütige Willensmeinung der Konferenz, daß die rheinisch-westfälische Handwerkerbewegung, die in Deutschland an der Spitze marschirt, auch die Pflicht und Aufgabe habe, ihre reichen Erfahrungen für die Gestaltung des Gesetzes fruchtbar zu machen.

= **Salver**, 17. März. Berichtigung. In dem Bericht „Tagdverpachtung“ muß es bei Bezirk 13, Altmühle, heißen:

Carl Winkelmann Barmen 16 700 Rth.

Wilh. Brückmann Halber	17 000 M.
------------------------	-----------

= **Brügge**, 17. März. Es wird hiermit auf den Delegiertentag des M.-G.-V. Neddinghausen am Sonntag, den 26. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr im Lokale Ferd. Niggeloh hingewiesen. Der Gesangwettstreit findet bekanntlich an den Pfingsttagen statt. Wertvolle Preise winken den Vereinen, die sich in einer Sonderklasse am Wettstreit betheiligen.

Südenfeldt, 15. März. Wegen Urkundenfälschung und Betruges hatte sich der Kaufmann D. von hier vor der Hagener Straßammer zu verantworten. D. war Provisionsreisender der Firma Morsbach in Solingen und hatte bei der Firma Möller und Milzkott in Hagen eine Bestellung auf Messertlingen erhalten. Der Auftrag war erteilt worden gegen 2 Prozent Skonto und 30 Tage Ziel. Diesen Vermerk hatte nun D. von der Originalbestellung abgeschnitten. Geschädigt wurde dadurch niemand, weil der Skontoabzug von der Provision des Angeklagten abgerechnet wurde. Das Gericht sah Betrug nicht als verübt an, wohl aber Urkundenfälschung, da eine bürgerlich-rechtliche Urkunde gefälscht worden sei. Es erkannte auf 2 Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist gegen Hinterleana von 1000 Mark Ruhe.

Bochum, 16. März. Der Mittelstand gegen die Steuerarten. Wie an andern größeren Plätzen, so nahm auch hier der gewerbliche Mittelstand gegen die hohen Steuerforderungen Stellung. Ueber die Handhabung des Verfahrens hinsichtlich der Einschätzung des Bochumer Finanzamtes wurde seitens mehrerer Versammlungsredner scharfe Klage geführt. Man wandte sich insbesondere gegen die hohe Gewerbesteuer, ferner gegen die Verwendung städtischer Gelder zur Hergabe von Darlehen oder Bewilligung an solche Unternehmen, die die Ausschaltung des selbstständigen Gewerbes zum Zweck haben.

Münster, 16. März. 25 000 Mark Geldstrafe für einen „geheimen“ Schnapsbrenner. Der frühere Schneider und jetzige Wirt Heinrich Voess aus Appelhülsen hatte in den Jahren 1919 bis 1921 im geheimen Schnaps gebrannt und zu 40 Mk. das Liter verkauft. Das Schöffengericht in Münster verurteilte ihn deswegen zu 25 000 Mark Geldstrafe.

Lennep, 16. März. **Steuersünder.** Vom Finanzamt Lennep ist dieser Tage ein Fabrikant aus dem Kreise wegen Steuerhinterziehung mit einer Gesamtgeldstrafe von 280 066 Mark bestraft worden. Die durch das Verfahren entstandenen Kosten betragen 2689,30 Mark. Die Steuern, die verschwiegen worden waren, und zwar Reichsnotopfer, Umsatz- und Einkommensteuer, belaufen sich auf 75 000 Mark.

Berlin, 16. März.

Bei der Besprechung der Not der Zeitungen im
Hauptausschuß des Reichstages erklärte Staatssekretär Dr.
Hirsch, die Regierung verfolge mit großer Sorge die
Entwicklung der Druckpapierpreise. Wenn auch die Stei-
gerung an sich nicht außer Verhältnis zu anderen Preis-
erhöhungen stände, so gebe doch das Sprunghafte des
Anstieges Veranlassung zu den schwerwiegendsten Beden-
ken. Der Staatssekretär glaubte, daß durch die neue
Feuerungswelle

die kleine Presse erschlagen werde

und daß damit eine allgemeine Uniformierung der Meinungen durch die übrigbleibende große Presse erfolgen werde, ein Zustand, wie wir ihn in anderen Ländern bereits kennen, wie er aber glücklicherweise im deutschen Geistesleben sich noch nicht durchgesetzt hätte. Leider mußte der Staatsfreiheit festsstellen, daß die gesellschaftlichen Handhaben, die die Regierung zurzeit zur Milderung der Noth besitze, in ihrer Wirksamkeit recht begrenzt seien. Im Gegensatz zur Ansicht mancher Interessenten meinte der Redner, daß

die Ursache der Preissteigerungen

weniger in der Politik der Kartelle zu suchen sei, als im Steigen der Holzpreise. Diese Schwierigkeiten würden sich noch verstärken, wenn der Umfang der Bautätigkeit wachse und im Verfolg dessen die Holzpreise vielleicht von neuem zu steigen beginnen könnten. Als mögliche Hilfsmittel bezeichnet der Staatssekretär eine Einfuhrnahme der Reichsregierung auf die Preisgestaltung, sobald der interfraktionelle Ausschuss des Reichstages hierzu Stellung genommen haben werde, vielleicht könne dann zum mindesten die sprunghafte Steigerung der Papierpreise hintangehalten werden. Einbarer Zuschuss könne bei der schweren Finanzlage des Reiches nicht in Aussicht gestellt werden. Zugeständnisse bei der Tarifierung des Druckpapiers könnten nur in Frage kommen, wenn damit eine fühlbare Mäßigung des Preises erreicht werde. Die Frage der möglichen Einwirkungsmittel solle demnächst mit den Interessenten, nötigenfalls mit dem interfraktionellen Ausschuss des Reichstages erörtert werden.

Weiteres Eingehen von Zeitungen.

Nach der amtlichen Zeitungsliste haben in dem letzten Monat wieder 157 Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt. — Der im 105. Jahrgang erscheinende Laubaner Anzeiger stellt am 1. April sein Erscheinen ein.

Berlin, 16. März.

Aus dem Zuchthaus zu Görlitz wurden gestern 33 Sträflinge in einen Sonderwagen eines Personenzuges nach Berlin geschickt, weil sie sich hier vor Gericht wegen anderer Straftaten verantworten sollten. Da die Görlitzer Zuchthäuser als besonders gefährliche Ausreißer bekannt sind — man erinnert sich vielleicht noch an die vor nicht

angst ratterte. Seit gemeldete Massenflucht dieser „schweren Jungen“ — hatte man für den Transport besondere Vorkehrungen getroffen.

Die Schutzmaßnahmen hinderten die Verbrecher aber nicht, kurz nach Mitternacht auf der Straße Frankfurt a. O. — Fürstentum zur offenen Revolte überzugehen. Mehrere von ihnen griffen mit einer eisernen Stange, die sie in ihrem Abteil gefunden hatten, einen der Wächter an und schlugen ihn nieder. Der Angegriffene setzte sich mit seinem Dienstrevolver zur Wehr, und es entspann sich ein heftiger Kampf, der erst durch das Eingreifen der anderen Transportbegleiter beendet wurde. Die Wächter zogen die Kolben, und der Zug blieb auf freier Fährte stehen. Diesen kurzen Aufenthalt benutzten mehrere Verbrecher, um in den nahen Wald zu entfliehen. Die Verfolgung der Flüchtlinge wurde sofort aufgenommen, und drei Gefangene wurden, nachdem sie durch Revolverschüsse kampfunfähig gemacht waren, zurückgebracht, worauf sich die anderen Ausreißer von selbst wieder einfanden.

Der Führer der Meuterer, ein verurteilter Schwerverbrecher namens Schmidt, erlitt schwere Schußverletzungen am Unterarm. Die beiden anderen angeschossenen Zuchthäuser trugen lebensgefährliche Unterleibsverletzungen davon.

Aleine Nachrichten.

Briefverkehr nach Westpolen.

Berlin. Es ist vorteilhaft, bei Briefsendungen nach Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) in der Aufschrift neben der deutschen auch die polnische Ortsbezeichnung anzugeben, da andernfalls Verzögerungen auf polnischem Gebiet nicht ausgeschlossen sind.

Freie Vermittel für Unbemittelte.

Berlin. Der Reichstagsausschuß für Bildungswesen hat die Reichsregierung ersucht, den Ländern Beihilfen zu den dort bewilligten Mitteln zu gewähren, damit für unbemittelte und für kinderreiche Familien Vermittel frei oder doch verbilligt beschafft werden können.

Wiederholte Häuserkürze.

Halle a. S. Nachdem sich in der vergangenen Woche in der Stadt Halle der dritte Häuserkürze infolge Baukäuflichkeit ereignet hat, ist wieder in einer belebten Gegend der Stadt abermals eine Kette von einem Wohn- und Geschäftshaus eingestürzt. Unter den Bewohnern werden seit langem Klagen laut über die Gefährdung der alten Bauwerke durch die Erschütterung der durchfahrenden Lastautomobile. Beim letzten Einsturz wurde eine vorübergehende Frau schwer verletzt.

Ausdehnung des englischen Metallarbeiterstreiks.

London. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Metallarbeitern sind abgebrochen worden. Man befürchtet, daß der Metallarbeiterstreik sich nunmehr auch auf die Schiffbauindustrie ausdehnen wird.

Lebensmittelpänderungen in Rußland.

Riga. Die Übersälle auf Getreidezüge mehrten sich in Sowjetrußland mit jedem Tage. In erster Linie werden die für die Hungernden bestimmten Lebensmitteltransporte im Eisenbahnbezirk von Smolensk, durch den fast sämtliche aus dem Westen kommenden Getreidebefragungen transportiert werden müssen, ausgeraubt. Die Übersälle werden von großen Banden planmäßig vorgenommen.

Neue Verordnung für Papstwahl.

Rom. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht eine Anordnung des Papstes, worin bestimmt wird, daß das Konklave künftig erst vierzehn Tage nach dem Tode des Papstes beginnen soll. Bisher war die Frist zehn Tage.

Arbeiter und Angestellte.

Angen. (Abwanderung deutscher Arbeiter nach Holland.) Der holländische Steinkohlenbergbau hat unter der Abwanderung gelernter Arbeiter nach Holland zu leiden. Die Grube Lantweg-Bocart hatte im Juni 1914 eine Nettoförderung von 35 597 Tonnen, im November 1921 von nur 13 852 Tonnen. Die Zahl der Arbeiter ist für den gleichen Zeitraum von 1 596 auf 1 105 zurückgegangen. Die Zahl der in der Kohlengewinnung beschäftigten Arbeiter verminderte sich um 50 Prozent. Es steht zu erwarten, daß die Abwanderung einen noch größeren Umfang annehmen wird. Die Gruben verlangen Maßnahmen der Regierung.

Kohlenbericht Elektrizitätswert Markt.

Lagerbestand.

Kraftwert	Herdede	Elberlingen	Siesel
13. 3. 1922	537 t	2888 t	1446 t
14. 3. 1922	507 t	2804 t	1446 t
15. 3. 1922	346 t	2771 t	1446 t

Seit etwa 14 Tagen deckt die Kohlenlieferung nicht mehr den täglichen Verbrauch, sodaß die Lagerbestände sehr zurückgegangen sind, obwohl bereits englische Kohlen mit verfeuert wurden. Die Aufrechterhaltung des Vollbetriebes im Kraftwerk Herdede ist ernstlich bedroht, falls sich die Kohlenzufuhr nicht bald bessert.

Schriftleitung: Wlth. Bell, Halver, Westf.

Tanz-Schule!

Am Mittwoch, den 22. d. Mts. beginnend, eröffne ich im Saale der Geschwister Fasbender-Halver und am Donnerstag, den 23. d. M. im Saale des Herrn Karl Krefsting-Grünenbaum je einen

Tanz-Kursus.

Gest. Anmeldungen werden in meinem Hause und in den Unterrichtsstunden entgegen genommen. Unterricht für Kinder von 5—7 Uhr nachmittags, Erwachsene von 8—10 Uhr abends.

Fr. Rattwinkel, Tanzlehrer.

Kranken- u. Sterbekasse Halver.

Sonntag, den 26. März, nachmittags 5 Uhr bei Geschwister Fasbender

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht. Entlastung.
2. Vorstandswahl.
3. Kranken- und Sterbegeldbeiträge.
4. Verschiedenes.

Freitag, den 24. März, abends 8 Uhr

Vorstandssitzung.

Der Direktor.

!! Sommersprossen !!

Ein einfaches wunderbares Mittel teile ich gern jedem kostenlos mit.

Frau M. Poloni, Hannover, O 211 Schließfach 106.

Blasenschwäche

beseitigt mit glänzendem Erfolge. Täglich einlaufende Anerkennungen. Auskunft frei.

Institut Naumer Recklinghausen i. W. N. 225.

In den ersten Tagen komme ich mit



Schweine.

nach Königsf. Der Tag wird noch bestimmt.

Wlth. Weissede, Meinerzhagen.

Inserate

für die Tagesausgabe erbitten wir bis spätestens 3 Uhr nachmittags vorher.

Größere Anzeigen wollen man früher aufgeben, da sonst für eine schöne Ausstattung und gute Platzierung keine Gewähr übernommen werden kann.

Der Verlag

Stadt Halver!

Erna Solmecke

Otto Streppel

Verlobte

Halver, den 19. März 1922.

Mariechen Gehrman

August Haack

Verlobte

Halver, im März 1922.



Kommt Ihr einst zu meinem Grabe, Stört mich nicht in meiner Ruh, Denkt, was ich gelitten habe, Gönnt mir doch die ew'ge Ruh.

Heute abend 6 Uhr verschied sanft nach langem, schweren, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester

Else

im fast vollendeten 14. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Konrad Wenz.

Halver, den 16. März 1922.

Die Beerdigung findet am Montag, den 20. März nachm. 1/3 vom Sterbehause aus statt.

Geschäftsbücher empfiehlt Wlth. Bell jr., Halver.

Tapeten

neueste Muster in reicher Auswahl

Fußbodenlackfarbe

in Friedensqualität

Farben

sowie alle

trocken u. streichfertig

empfehlen

Halversche Medizinal-Drogerie

Carl Menke.



Schalksmühlener Turnverein

e. V.

Werbeturnen

Halver — Schalksmühle

Niegen-Wettkampf im Kunstturnen

am Sonntag, den 19. März 1922, nachm. 3 Uhr in der Turnhalle Schalksmühle.

Kein Ausschank von Getränken!

Rauchen streng verboten!

Barmer Bankverein

Hinsberg, Fischer & Comp., Gummersbach in Gummersbach.

Tel.-No. 41, 85 und 100.

Reichsbankgirokonto. Postscheckkonto Köln Nr. 935.

Zahlstellen in Bielstein-Rhl., Halver i. W. und Wipperfurth.

Agenten für Holland: von der Heydt Kerstens Bank, Amsterdam, Keizersgracht 520—522.

Eröffnung von laufenden Rechnungen und Scheck-Konten. Gewährung von Krediten, An- und Verkauf sowie Beleihung von Wertpapieren.

Ausschreibung von Schecks und Anweisungen auf das Ausland.

Verzinsung von Bareinlagen zu günstigen Bedingungen nach Uebereinkunft.

Vermietung von Schrankfächern in unserer Stahlkammer

zu verschiedenen Preisen je nach Größe.

H. Wettershagen

Meinerzhagen in Westfalen.

Maschinen-Industrie und Großhandlung.

Unterhalte großes Lager zu billigen Preisen in

Centrifugen, Buttermaschinen,

Nähmaschinen,

Waschmaschinen

für Hand- u. Kraftbetrieb,

Wringmaschinen

mit Kugellager

Saughäuser und

Pumpen,

Rübenschneller und

Wannemühlen.

Eigene

Reparatur-Werkstätte

Telephon Nr. 289.

Fünf eigene Filialen.

Milchversandscheine

besitzt die

Geschäftsstelle dieser Zeitung



Schmied

geübter Gabelseher, sowie erfahrene

Pressenarbeiter

bei hohem Lohn gesucht.

Gust. Meisenholler, Schalksmühle.

Jugendl. Arbeiter

und

Arbeiterinnen

sofort gesucht.

Ferner suchen wir einen

jungen Burschen

welcher mit dem Fuhrwerk umgehen kann.

Degenhardt & Sippel Metallwerk, Halver.

Tüchtiger

Schuppen- schmiedemeister

für dauernd gesucht von

Gebrüder Winter, Oberbrügge i. W.

Zu sofort oder Ostern einen

Lehrling

für meine Gärtnerei gesucht.

Gleichzeitig empfehle ich zur Frühjahrspflanzung

prima starke

Obstbäume und Erdbeerpflanzen

Fritz Bormann, Gärtnerei

Schalksmühle — Tel. 168.

2 bis 3 Arbeiter

für sofort oder in 14 Tagen gesucht.

J. Steinhauer, Deckinghausen.

Älteres, in häuslichen Arbeiten erfahrenes

Mädchen

dem Gelegenheit gegeben ist, das Kochen zu lernen, möglichst bald gesucht.

Frau Hermann Bender, Kierspe-Bahnhof.

Haben Montag, den 20. März eine große Auswahl

Oldenburger

Schweine an unserm Hause.

Berges & Borlinghaus, Kierspe-Bahnhof.

Berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten dieser Zeitung!

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 66

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver

Samstag, den 18. März 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Bsp., auswärts 50 Bsp., im Retikell 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Landwirtschaftliche Gemeinschaftsarbeit.

Wie bei dem in Aussicht genommenen großen Hilfs-
werk der Landwirtschaft, das mit Stolz auf eine beruf-
ständische Einheitsfront verweisen kann, so hat auch die
Pflicht gegen das Alter eine Reihe einflussreicher land-
wirtschaftlicher Vereinigungen zusammengeführt. Fol-
gende Verbände sind es, die jetzt mit einem gemeinschaft-
lichen Aufruf hervortreten: Reichs-Landbund, Deutscher
Bund für ländliche Wohlfahrt und Heimatpflege,
Deutscher Landarbeiterverband, Generalverband der deut-
schen Raiffeisenvereine, Reichsverband der deut-
schen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Reichsverband
der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine, Zentrale der
deutschen Landfrauen, Zentralverband der Landarbeiter.

Was will der Aufruf im einzelnen? Ohne zu ver-
kennen, daß das Landvolk redlich bemüht ist, dem Alter
Dasein und Arbeit zu erleichtern, gibt es doch ehemalige
Ackerbesitzer, selbständige Handwerker, Arbeiter, die sich
mühsam eine Selbstständigkeit errungen haben, Witwen
usw., die zwar nicht mehr arbeiten, sich aber doch einst
mit einem kleinen Kapital zur Ruhe setzen, das ihnen
einen sorgenlosen Lebensabend zu sichern schien. Diese
Leute sind heute vielfach in bitterster Not. Das Geld ist
entwertet, die Arbeitskraft dahin, und sie haben nicht ge-
lernt, zu betteln — lieber hungern sie. Und doch haben
auch diese ihr Leben lang nach besten Kräften gearbeitet
und gespart, so daß sie wohl einen Anspruch auf ein
ruhiges Alter haben.

Überall in Deutschland regt es sich, für das notleidende
Alter zu sorgen. Da schaue man sich auch auf dem Lande
einmal um, ob es nicht dort zu sorgen gibt. In jedem
Dorfe sollte irgendeine Stelle sein, wo man sich mit Liebe
und Umsicht der alten Leute annimmt, die das Gewissen
der Gemeinde weckt, wo es nötig ist, damit sie des Alters
nicht vergift.

Nicht von Geldspenden reden wir zuerst, sondern da-
von, daß man mit den Mitteln, die man im Dorfe hat,
den Alten hilft, daß einige wohlhabende Familien sich zu-
sammenschließen, um ganz im stillen für ein paar bestimmte
alte Leute zu sorgen, daß man die nötige Menge an Kar-
toffeln, Brotkorn, Milch, Butter, Eier usw. den Alten un-
entgeltlich oder gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung
stellt, daß man ihnen auf einer kleinen Fläche Landes die
Möglichkeit gibt, ihre schwache Arbeitskraft noch auszu-
nutzen, daß man ihnen auch im Hause Beschäftigung gibt,
die leicht ist, nicht drückt und doch das Auskommen er-
leichtert, daß man sich wieder der Armenhäuser und
sonstiger Gebäude erinnert und sie instand setzt, wo es
nötig ist, damit alte Leute, die in Ehren grau geworden
sind, ein Heim darin finden können, daß man überhaupt
alle Mittel der Nachbarschaft und Gemeinschaft und der
Genossenschaft in Bewegung setzt, um unmittelbar mit dem
zu helfen, an dem es den Alten fehlt.

Um auch den Alten in der Stadt helfen zu können,
werden Geldspenden erbeten. Dazu findet eine allgemeine
Volksammlung für das notleidende Alter unter dem
Namen Altershilfe des deutschen Volkes statt, zu deren
Unterstützung wir auch die ländliche Bevölkerung auf-
fordern. Einzahlungen werden erbeten auf das Post-
scheckkonto der Altershilfe, Berlin 11300, oder an die
Deutsche Bank, Depostenkasse A, Berlin W. 8.

Flachsban und Flachseinkauf.

Der Verband Deutscher Flachs- und Faser- und Auf-
bereitungsanstalten schreibt dem Reichs-Landbund:
Wir haben in den letzten Monaten mehrfach festgestellt
müssen, daß von Leuten der verschiedensten Berufsstände
Strohflachs aus spekulativen Gründen aufgekauft worden
ist. Diese wilden Händler haben dann von den Flachs-
anbauern Preise gefordert, die in keinem Verhältnis zu
denen stehen, die sie den Landwirten gezahlt haben, ja
bisweilen einen Aufschlag von selbst mehr als 100 Pro-
zent darstellten.

Durch diese Vorgänge wird weder dem Flachsbanau-
enden Landwirt, noch der deutschen Leinenindustrie ge-
dient. Die Landwirte werden nur allzu gern geneigt sein,
bei den heutigen Preisen für fertige Leinenwaren der
Leinenindustrie den Vorwurf der Überlieferung zu machen
und die weitere Folge hiervon wird sein, daß sie den
Flachsbanau einstellen werden.

Die deutschen Flachsbananstalten sind aber darauf ange-
wiesen, daß der Flachsbanau auch weiterhin gefördert
wird. Zu diesem Zweck werden sowohl von Verbänden
firmen, als auch seitens des Verbandes selbst bedeutende
Mittel für Flachsbanpropaganda ausgegeben. Wir haben
aber kein Interesse daran, das Treiben solcher Kreise zu
fördern, welche sich aus spekulativen Gründen mit dem
Flachseinkauf befassen und dadurch zum Nachteil des
Landwirts den größten Nutzen aus unserer Arbeit und
unseren Kosten haben.

Wir bitten Sie daher, falls Ihnen ähnliche Fälle be-
kannt werden, diese dem Richteramt bzw. den öffent-
lichen Preisprüfungsstellen zur weiteren Veranlassung
mitzuteilen. Wir haben uns unsererseits auf Grund der
Vorkommnisse gezwungen gesehen, den Antrag zu stellen,
daß der Handel mit Flachs nur zuverlässigen und sach-
kundigen Personen gestattet wird, die eine besondere Legiti-
mation seitens der zuständigen Behörden erhalten. Wir
beabsichtigen durchaus nicht, was wir besonders betonen
möchten, den allen legitimen Flachshandel auszuschalten,
seben zurzeit aber keine andere Möglichkeit, den wilden
Flachshandel zu unterbinden. Aus diesem Grunde bitten
wir Sie, die einzelnen Landbündorganisationen zu veran-
lassen, daß sie ihrerseits unser Vorgehen ebenfalls unter-
stützen und bei etwaigen Anfragen sich im gleichen Sinne
äußern.

Das Umlageverfahren in Getreide.

Wir stehen unmittelbar vor dem Beginn der Früh-
jahrsbestellung, aber noch immer weiß die deutsche Land-
wirtschaft nicht, ob sie im kommenden Wirtschaftsjahr
wiederum ein Umlageverfahren zu erwarten hat, oder ob
die freie Wirtschaft auch in Getreide endlich eintritt.

Das in diesem Jahre durchgeführte Umlageverfahren
ist der letzte Rest der Zwangswirtschaft aus dem Kriege.
Bei seiner Einführung ist die Umlage von der Reichsregie-
rung ausdrücklich als Übergang zur freien Wirtschaft
bezeichnet worden, da im vorigen Jahre die freie Wirt-
schaft noch nicht durchzuführen war.

Heute gibt es keinen Vertreter im Reichstage und in
den Einzellandtagen unter den der Landwirtschaft nahe-
stehenden Abgeordneten, der in diesem Jahre noch für die
Fortsetzung selbst eines „veredelten“ Umlageverfahrens
eintrifft. Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages
ist in der vorigen Woche von rechtsstehender Seite ein An-
trag auf Einführung der freien Wirtschaft auch in Ge-
treide abgelehnt worden, weil bei der Abstimmung vier
Vertreter des Zentrums mit den Sozialdemokraten gingen
und nur die beiden Zentrumsländer v. Papen und
Schmitt-Mohrberg für die freie Wirtschaft eintraten.

Von den vier Zentrumsländern, die gegen den
Antrag stimmten, wurde ihre Abstimmung damit be-
gründet, daß sie jetzt noch nicht in dieser Frage eine Ent-
scheidung treffen könnten, man müsse die weltwirtschaft-
liche Lage und die gesamten außenpolitischen Verhältnisse
betrachten.

Dieses Verhalten der vier Zentrumsländer wird in den
Kreisen der dem Zentrum noch nahestehenden
Landwirte zweifellos lebhaft Entrüstung hervorrufen.
Sind es doch vor allem die dem Zentrum nahestehenden
christlichen Bauernvereine gewesen, die auch mit der aller-
größten Schärfe gegen jede weitere Verlängerung der
Getreideumlage aufgetreten sind. Das ist nur natürlich,
denn gerade die Teile unseres Vaterlandes, in denen die
katholischen Landwirte ansässig sind, wie Westfalen und
die Rheinprovinz und Teile von Hessen-Nassau, wo über-
wiegend Kleingrundbesitz vertreten ist, sind am aller-
schärfsten von der Umlage betroffen worden. In diesen
Gegenden gibt es auch nicht einen einzigen Landwirt
mehr, der für die Umlage noch zu haben wäre, mag auch
die Weltwirtschaftslage noch so „gespannt“ sein.

Nach unserer Ansicht spielt die Weltwirtschaftslage in
dieser Frage überhaupt keine Rolle. Das Umlagever-
fahren hat in seiner schließlichen Gestaltung teilweise ver-
bitternd gewirkt als die volle Zwangswirtschaft. Eine
„Veredelung“ der Umlage, so daß die einzelnen Land-
wirte damit zufrieden sein könnten, ist gar nicht denkbar,
denn die Ernte, von der die Umlage aufgebracht werden
soll, ist nicht abhängig von Gesehen und Paragrafen,
sondern vom Wetter. Die Umlage hat die Verbitterung
in die Landwirtschaft selbst, ja in jedes kleinste Dorf hin-
eingetragen. Eine gerechte Berücksichtigung der schlechten
und guten Böden, der großen und kleinen Besitztümer ist
nicht denkbar, und sehr oft sind die Ernten auf den Ländereien
derselben Ortschaft verschieden.

Aus allen diesen Gründen wird die deutsche Land-
wirtschaft sich im neuen Wirtschaftsjahr ein Umlagever-
fahren nicht mehr gefallen lassen!

Sie ist aber bereit, bei freier Wirtschaft diejenigen
Mittel zu ergreifen, die auch der minderbemittelten Be-
völkerung die Beschaffung von Brot gewährleistet.

Zur Abwehr.

Der engere Vorstand des Hannoverschen Landbundes
hat folgende Entschliebung gefaßt:

„Von landwirtschaftsfeindlicher Seite werden in die
Bevölkerung Nachrichten gebracht, daß Landwirte an
Händler Kartoffeln und namentlich Brotge-
treide der erst kommenden Ernte, und zwar zu un-
erhörten hohen Preisen, schon jetzt verkaufen. Derartige
Lügnungen können nur den Zweck haben, die
Landwirte in der Öffentlichkeit als Wucherer darzustellen,
um daraufhin die zur Steigerung der Produktion
nötige und geforderte Freiheit der Wirtschaft zu hinter-
treiben. Mit Zwangswirtschaft irgendwelcher Art ist
das beschlossene Hilfswerk der Landwirtschaft, die volle
Ernährung des deutschen Volkes aus deutscher Scholle,
undurchführbar. Es ist durchsichtig, von wo diese Nach-
richten ausgehen.“

Der hannoversche Landwirt ist empört über diesen
neuen plumpen Versuch, ihn durch Lügnungen in der
Achtung der Bevölkerung herabzusetzen. Er läßt
sich dadurch nicht beirren, seine Produktion zum Vorteil
der Gesamtheit des Volkes nach Kräften zu steigern.

Der hannoversche Landbund fordert seine Mit-
glieder auf, keine derartigen Geschäfte abzuschließen,
nicht nur allen Versuchungen zu widerstehen, sondern
alle Versuche und Anerbieten dieser Art zur öffentlichen
Kenntnis zu bringen.“

Die Getreide-M.G.

Die vier landwirtschaftlichen Spitzenverbände, neben
dem Reichs-Landbund der Generalverband der deutschen
Raiffeisen-Genossenschaften, der Reichsverband der deut-
schen landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Ver-
einigung der deutschen Bauernvereine sind Mitte Februar
in ausführlicher und sorgsam begründeter Eingabe noch-
mals an den Reichstag und den Reichstag in Sachen der
Getreide- und Futtermittel-M.G. (Lagerer-Aktien-Gesell-
schaft) herangetreten, um auf Grund ihrer gewichtigen
Bedenken gegen die Pläne des hier kapitalistischen Sozi-
alministers zum mindesten eine gründliche Umgestaltung
des Unternehmens zu erreichen. Sie haben sich dabei
nicht auf Kritik beschränkt, sondern auch Vorschläge ge-

macht, wie die Bedürfnisse des Reiches bei gleichzeitiger
Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Erwartungen ge-
wahrt bleiben können. Dazu erklärten sie sich bereit, dem
Reiche gegenüber alle Verpflichtungen zu übernehmen, die
bisher der Konzern, vertreten durch die Nationalbank,
eingegangen war. Gleichzeitig wurde die Bereitwillig-
keit betont, die Mitwirkung der sonst berührten Berufs-
kreise sicherzustellen. Endlich wurde noch einmal mit rüd-
sichtsvoller Klarheit hervorgehoben, welche Nachteile die
bisher in Aussicht genommene Regelung für das Reich,
die landwirtschaftlichen Erzeuger, den Handel und die
Verbraucher mit sich bringe.

Wie die Leser inzwischen erfahren haben, soll nun-
mehr eine Umgestaltung des Vertrages zugesichert worden
sein, die die bisherige Vormachtstellung des spekulativen
Kapitals zurückdrängt und den beteiligten Berufsständen
den maßgebenden Einfluß zuweist. Wurden früher der
Landwirtschaft 10 Prozent des Aktienkapitals angeboten,
so soll jetzt als Mindestsatz für die Anteile der landwirt-
schaftlichen Genossenschaften 27½ des Aktienkapitals vor-
gesehen sein. Daneben soll die weitere Ausgestaltung der
Gesellschaft nur nach dem Gutachten des interfraktionellen
Ausschusses des Reichstages erfolgen; damit wäre ver-
hütet, daß der sozialdemokratische Schatzminister durch
neue kapitalistische Seitensprünge wiederum unabsehbare
volkswirtschaftliche Schäden herbeizuführen droht. Jeden-
falls hat die fernige Abwehr, zu der sich die Landwirt-
schaft hier entschlossen hatte, einen vorläufig befriedigen-
den Erfolg gebracht.

Natürlicher Alkohol.

Interessante Feststellungen und Folgerungen.

Einen interessanten Vortrag, der vielen Alkohol-
gegnern und Alkoholverteidigern neue Gesichtspunkte
bringen wird, hielt dieser Tage der Berliner Professor
B. Lindner im Verein zur Beförderung des Gewerbe-
fleißes. Es mag bemerkt werden, daß Lindner Direktor
des Instituts für Gärungsgewerbe ist.

Wenn es auch nicht in weitere Kreise gedrungen ist,
war es doch der Wissenschaft längst bekannt, daß der Alko-
hol nicht allein durch menschliche Kunst erzeugt wird. Er
bildet sich in der Natur an zahllosen Stellen und wird
von allerlei Tieren gern genossen. Gärungspilze finden
sich massenhaft an jeder Blüte, die Nektar absondert, an
jeder süßen Frucht, die einen Bienenstock erhalten hat, an
jedem Baumstamm, der aus der Rinde, dem Thron, der Eiche
ausfließt und etwas Zucker enthält. Diese Gärungspilze
bereiten aus dem Zuckersaft genau so Alkohol, wie es in
unseren Gärbottichen geschieht, und die Hummeln, die
Bienen, die Schmetterlinge naschen gern davon. Oft ge-
schieht die Gärung erst im Darm der Tiere, wohin die
Gärungspilze mit dem Saft selbst gelangt sind, aber die
Wirkung ist die gleiche. An Stellen, wo der Hirschlaser,
unser flüchtigster Vertreter dieser Art, vorkommt, kann
man oft beobachten, daß der Käfer geradezu betrunken
vom saftquellenden Ast herunterfällt und sich langsam, be-
schwerlich von dannen trölt. Manche Hummel, die wild
und zwecklos den Damen in die Haare fährt oder ihren
biden Kopf immer wieder gegen die Fenster Scheibe stößt,
leidet an einem kleinen Schwiß, den ihr die gärenden
Nektarquellen unserer Kleeblüten oder der honigsüßenden
Linde beibracht haben. Offenbar ist der Alkohol in der
Natur viel älter als der Mensch. Ja er bildet sich sogar,
wo gar keine Gärungspilze vorhanden sind, wenn in
Samen oder Früchten bei Luftabschluß, d. h. Mangel an
Sauerstoff, er seine Stärke oder seinen Zuckergehalt in Alko-
hol umsetzt. Im Regenwasser hat man gelegentlich Alko-
hol nachgewiesen.

Unsere Lufthülle würde viel mehr Alkohol enthalten,
wenn nicht der erzeugte Stoff sofort an Ort und Stelle von
den Mikroben verpestet würde. Es gibt unter diesen Klein-
lebewesen solche, die Fett bilden, und diese können den
Alkohol genau so zur Fettbildung verwenden wie der
Zucker. Natürlich muß dann der Sauerstoff, der vorher
abgespalten wurde, wieder dazukommen. Daß im Gär-
bottich selbst der erzeugte Alkohol nicht sofort von an-
wesenden Bakterien zur Ernährung und Fettbildung be-
nutzt, also wieder zerstört wird, liegt nur daran, daß es
an Sauerstoff mangelt. Nimmt man die Hefenhaut aus
dem Gärbottich heraus, streicht man sie dann auf Lein-
wand oder Papier auf, etwa im Keller einer Schnaps-
fabrik, so verketten die Gärungspilze in kurzer Zeit so,
daß sie nicht mehr zu brauchen sind. Der Kellerschimmel
an den Weinfässern eines gutbefestigten Kellers wird von
den Alkoholdämpfen so fett, daß er brennt wie ein Talglicht.

Jedes Ding hat auch seine gute Seite. Zu den fett-
bildenden Pilzen gehört u. a. auch der Tuberkelba-
zillus, und wenn er genügend verfettet ist, so hört seine
Schädlichkeit auf. Er vermehrt sich nicht mehr und stirbt
ab. Wahrscheinlich ohne den Grund und den Zusammen-
hang zu kennen, haben die Ärzte schon längst bei Tuber-
kulosekranken, z. B. bei Lungenentzündungen, Alkohol verordnet, in
irgend einer Form, schweren Süßwein, Rognol mit Cognac,
oder Rognol allein. Die Erfahrung hatte gelehrt, daß auf
diese Weise eine Besserung im Befinden der Kranken zu
erzielen war. Diese Besserung erfolgte dadurch, daß der
dem Körper zugeführte Alkohol eifrig von den Tuberkel-
bazillen aufgesaugt wurde, die daran infolge von Ver-
fettung zugrunde gingen. Es scheint sogar, als ob die
Natur auf diesem Gebiete bereits vorgearbeitet habe; der
Münchener Professor Paul Buchner hat bei manchen
wildlebenden Tieren Gärungspilze nachweisen können, als
ob sie darin eine Vorbeugung gegen ansteckende Krank-
heiten mit sich herumführten. Wenn das sich weiter be-
stätigte, wäre es gewiß höchst wichtig und interessant.

R. M.